Erzgebirgischer Volksfreund

Der „Erzgebirgische Volksfreund" erscheint täglich mit Ausnahme der Tage nach Sonn- und Festtagen.
Der Preis für die 34 mm breite Colonel-Zeilenzeile im Amtsblattbezirk ℳ 30 (Familienanzeigen und Stellengesuche Vorzeilen 18), auswärts 35, für die 90 mm breite Petit-Reklamezeile 50, auswärts 100, für die 90 mm breite amtl. Colonelzeile 65, auswärts 65 Reichspfennig.
Postscheck-Konto: Leipzig Nr. 12205.
Gemeinde-Giro-Konto: Aue, Sachsen, Nr. 38.

Tageblatt • enthaltend die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft und des Bezirksverbands Schwarzenberg, der Amtsgerichte in Aue, Lößnitz, Schneeberg und Schwarzenberg, der Stadträte in Grünhain, Lößnitz, Neustädtel und Schneeberg, der Finanzämter in Aue und Schwarzenberg.

Es werden außerdem veröffentlicht: Bekanntmachungen der Stadträte zu Aue und Schwarzenberg und des Amtsgerichts zu Johanngeorgenstadt.

Verlag C. M. Gärtner, Aue, Sachsen.
Fernsprecher: Aue 51 und 94. Lößnitz (Amt Aue) 440. Schneeberg 10. Schwarzenberg 3516. Drahtanschrift: Volksfreund Erzgebirge.

Anzeigen-Annahme für die am Nachmittag erscheinende Nummer bis vormittags 9 Uhr in den Hauptgeschäftsstellen. Eine Gewähr für die Aufnahme der Anzeigen am vorgeschriebenen Tage sowie an bestimmter Stelle wird nicht gegeben, auch nicht für die Richtigkeit der durch Fernsprecher aufgegebenen Anzeigen. — Für Rückgabe unverlangt eingesandter Schriftstücke übernimmt die Schriftleitung keine Verantwortung. — Unterbrechungen des Geschäftsbetriebes begründen keine Ansprüche. Bei Zahlungsverzug und Konkurs gelten Rabatte als nicht vereinbart.
Hauptgeschäftsstellen in: Aue, Lößnitz, Schneeberg und Schwarzenberg.

Nr. 266. Sonnabend, den 14. November 1931. 84. Jahrg.

Amtliche Anzeigen.

Der Freistaat Sachsen plant den Ausbau des durch Hochwasser zerstörten Breitenbaches in den Fluren Johanngeorgenstadt und Wittigsthal. §§ 24, 33 des Wassergesetzes.

Die Unterlagen liegen sowohl hier als auch bei der Streckenleitung II des Straßen- und Wasserbauamtes in Wittigsthal (Wittigsthaler Hof) zur Einsichtnahme aus.

Etwaige Einwendungen sind binnen zwei Wochen, vom Erscheinen dieser Bekanntmachung an gerechnet, bei der Amtshauptmannschaft Schwarzenberg anzubringen. Die Beteiligten, die sich in der bestimmten Frist nicht melden, verlieren das Recht zum Widerspruch.

Auf besonderen privatrechtlichen Titeln beruhende Einwendungen werden durch den Fristablauf nicht ausgeschlossen. W. W.-L. 13/31.

Die Amtshauptmannschaft Schwarzenberg, am 12. Nov. 1931.

Die amtlichen Bekanntmachungen sämtlicher Behörden können in den Geschäftsstellen des „Erzgebirgischen Volksfreunds" in Aue, Schneeberg, Lößnitz und Schwarzenberg eingesehen werden

Im hiesigen Handelsregister ist eingetragen worden:

1. Am 28. Oktober 1931 auf Blatt 413, die Firma Hermann J. Nötzold in Radiumbad Oberschlema betr.: Die Firma ist erloschen.

2. Am 12. November 1931 auf Blatt 229, die Firma Paul Dautenhahn in Schneeberg betr.: Paul Oswald Dautenhahn ist als Inhaber ausgeschieden, Emilie Pauline Auguste verw. Tautenhahn geb. Poppitz in Schneeberg ist Inhaberin.

Amtsgericht Schneeberg, 12. November 1931.

Neustädtel. Straßensperrung.

Am Sonntag und Montag, den 15. und 16. November 1931 wird die Staatsstraße Schneeberg—Eibenstock—Karlsbad in der Flur der **Stadt Neustädtel** zum **Jahrmarkt** für den Kraftfahrverkehr, mit Ausnahme der Staatlichen Kraftwagen der Autolinien Aue—Eibenstock und Plauen—Annaberg, auf Grund der von der Amtshauptmannschaft Schwarzenberg erteilten Genehmigung **gesperrt.**

Der Verkehr wird auf die Trebrastraße verwiesen.

Neustädtel, den 12. November 1931. **Der Stadtrat.**

Die Franzosen bereiten ein neues Diktat vor.

Blödsinn in vier Punkten.

Ueber den augenblicklichen Stand der deutsch-französischen Verhandlungen herrscht im Einzelnen völlige Unklarheit. Die französische Regierung hat scheinbar kein großes Interesse daran, das Reichskabinett mit seinen Absichten in amtlicher Form schnellstens bekannt zu machen. Sie beschränkt sich darauf, einen Bericht über die Ausführungen des Ministerpräsidenten Laval vor den vereinigten Kammerausschüssen wiederzugeben, aus denen man nichts Positives entnehmen kann, und Stimmungsmache durch die Pariser Presse treiben zu lassen. Es ist die alte Methode des „Zappelnlassens", die hier wieder einmal angewendet wird, wobei nicht einmal auf die einfachsten Regeln des diplomatischen Anstands Rücksicht genommen zu werden scheint. So ist der französische Botschafter in Berlin am Donnerstag Mittag bereits von seiner Pariser Informationsreise nach Berlin zurückgekehrt, es ist ihm aber gar nicht eingefallen, sich mit Brüning in Verbindung zu setzen, obwohl er weiß, daß der Kanzler einige Tage von Berlin abwesend sein wird.

„Im allgemeinen beurteilen politische Kreise den Stand der diplomatischen Fühlungnahme über die weitere Entwickelung der Reparationsfrage recht zuversichtlich", so heißt es in einer am Donnerstag abend herausgegebenen Mitteilung, der halbamtlicher Charakter beizumessen ist. Woher die Herren in der Berliner Wilhelmstraße diesen Optimismus nehmen, ist völlig rätselhaft. Weder die nun ziemlich feststehende Einberufung des Sonderausschusses der Bank für internationale Zahlungen, noch die Aussicht, daß dann eine große Reparationskonferenz zusammentreten werde, können doch Veranlassung zu Freudensprüngen sein. Zumal in Berlin doch die Ausführungen des Pariser „Excelsior" bekannt sind, die als Versuchsballon anzusehen sind. In dem Blatte wird behauptet, daß der Standpunkt der französischen Regierung sich in vier Punkte zusammenfassen lasse. Danach soll erstens der Sonderausschuß genau begrenzte Vollmachten haben. Zweitens soll die deutsche Lage geprüft werden, aber die deutsche Zahlungsfähigkeit soll dabei als etwas Feststehendes angesehen werden. (Der „Excelsior" bemerkt hierzu, wir seien ein reiches Volk, das nur durch schlechte Verwaltung seinen Kredit zerstört habe.) Nach dem dritten Punkt will Frankreich sich dagegen wehren, daß die Reparationen den kurzfristigen Krediten geopfert werden sollen. Viertens wird die Regelung der Reparationen von einer parallelen Schuldenherabsetzung durch die Vereinigten Staaten abhängig gemacht.

Wenn auch eine amtliche französische Bekanntgabe der Pläne noch fehlt, so ist doch aus der Tendenz der unwidersprochen gebliebenen vier Punkte des „Excelsior" deutlich zu erkennen, daß die Franzosen auf ihrem bisherigen Standpunkt der Unterdrückungspolitik verharren. Kommissionen und Konferenzen werden, wie immer, nur die Umrahmung für ein neues französisches Diktat sein. Die Herren in Paris haben also immer noch nicht begriffen, worum es geht. Sie halten noch immer Nebensächlichkeiten und Aeußerlichkeiten für das Wichtige. Wohl können sie — sehr zum Schaden der ganzen Welt — die natürliche Entwickelung der Dinge hemmen, sie werden aber auf die Dauer nicht verhindern können, daß die Tatsachen über den unzeitgemäßen machtpolitischen Dünkel hinwegschreiten.

Laval berichtet.

Paris, 12. Nov. Ministerpräsident Laval hat heute vor den vereinigten Kammerausschüssen für auswärtige Angelegenheiten und Finanzen über die Lage berichtet. Er hat dabei u. a. die seine Berliner Reise betreffenden Fragen angeschnitten und die Ausschüsse über seine kürzlichen Besprechungen mit Präsident Hoover unterrichtet. Er gab namentlich bekannt, daß nach Prüfung der Lage in Europa und in Sonderheit in Deutschland Präsident Hoover und er darüber einig gewesen seien, daß die Initiative für die Einberufung des im Youngplan vorgesehenen beratenden Sonderausschusses ergriffen werde. Erst nach Einbringung des Berichtes der Sachverständigen würden die Regierungen die Bedingungen und Bestimmungen der neuen Regelung, die für die Depressionsperiode in Kraft treten soll, ins Auge zu fassen haben. Auf die Frage eines Abgeordneten erwiderte Laval, daß hinsichtlich der Reparationen und Kriegsschulden er die Freiheit der französischen Regierung vorbehalten habe, genau wie Präsident Hoover diejenige seiner Regierung.

•

Ergänzend berichtet Havas hierzu, daß Laval betreffend die Schulden- und Reparationsfrage erklärt habe, beide Probleme seien von Hoover und ihm in voller Offenheit erörtert worden und eine Regelung wegen der Kriegsschulden habe als realisierbare Hypothese, sobald die Umstände dies gestatteten, ins Auge gefaßt werden können. Der Ministerpräsident habe sich auch vor den Ausschüssen über die Berliner Verhandlungen eingehend geäußert und sehr charakteristische Einzelheiten über die Möglichkeiten einer deutsch-französischen Zusammenarbeit sowie über die Schaffung der gemischten deutsch-französischen Kommission gegeben.

• • •

Englische Warnung an Frankreich.

London, 12. Nov. Die politischen Kreise Englands haben schon aus der Guildhallrede des Premierministers entnommen, daß zwischen der britischen und der französischen Regierung sehr gegensätzliche Auffassungen in der Beurteilung der deutschen Lage bestehen. Selbst die franzosenfreundliche englische Presse, wie die „Morningpost", äußert sich sehr verstimmt über die „kaltschnäuzigen Kommentare", die man in Paris der Prioritätsfrage von Reparationen oder Privatschulden widmet. Sie bedauert es ganz besonders, daß man in der französischen Hauptstadt eigentlich nicht begreife, wie sehr die Lösung der herrschenden Weltfinanzkrise von der richtigen Behandlung der Reparationsfrage abhängt. Sie warnt davor, daß der Bogen überspannt wird, und erinnert an die Worte Macdonalds in der Guildhallrede, daß die Rückkehr Englands zum Goldstandard nur im Zusammenhang mit den großen Problemen einschließlich Schulden und Reparationen zu lösen sei. Die Zeitung macht noch darauf aufmerksam, daß die Hauptwaffen, über die England Frankreich gegenüber in dem diplomatischen Kampfe verfüge, der nunmehr beginnen dürfte, jene rund 120 Millionen Pfund Sterling kurzfristige Gelder seien, welche die Pariser Banken in London liegen haben. Es sei also nicht richtig, daß Frankreich an dem Problem der Privatschulden nicht interessiert ist. Auf dem Umwege über London sei es genau so daran beteiligt, wie England selbst.

• • •

Paris, 12. Nov. Die deutsche Delegation der deutsch- von Staatssekretär Trendelenburg in Paris eingetroffen. französischen Wirtschaftskommission ist heute unter Führung

Berlin vor dem Zusammenbruch.

Hilferuf Sahms an das Reich.

Berlin, 12. Nov. In der Stadtverordnetenversammlung teilte Oberbürgermeister Sahm mit, daß es trotz größter Sparsamkeit nur möglich gewesen sei, den Fehlbetrag von 92 Millionen auf rund 67 Millionen Mark zu verringern und daß mit einer weiteren Herabdrückung des Fehlbetrages kaum zu rechnen sei. Durch praktische Zusammenarbeit aller städtischen Organe müsse man versuchen, die Stadt vor dem Zusammenbruch zu bewahren. Bei den Steuern betrage der Einnahmeausfall 35 Millionen Mark. Die der Aufwandsberechnung zugrundegelegene Durchschnittsziffer von 185 000 Wohlfahrtserwerbslosen sei schon am 1. September nahezu erreicht worden. Unter den zehn größten Städten Deutschlands werde diese Ziffer nur von Breslau übertroffen. Das Notprogramm sähe Einsparungen oder Mehreinnahmen im Betrage von rund 23,9 Millionen Mark vor. Trotz weiterer Einsparungen werde es in kürzester Zeit ohne durchgreifende Hilfe von Reich und Land nicht mehr möglich sein, weiter zu wirtschaften. Die Stadt Berlin habe das getan, was in ihren Kräften stand. Nun richte sich sein Ruf um weitere dringende Hilfe an Reich und Staat.

Wachsende Selbstmordziffern.

Die meisten Selbstmorde in Berlin und Sachsen.

Berlin, 12. Nov. Der Reichsinnenminister hat, wie wir gestern schon mitteilten, dem Reichstag eine neue Denkschrift über die Gesundheitsverhältnisse im Deutschen Reiche vorgelegt. Aus ihrem Inhalt sind gerade im Hinblick auf die würgende Youngnot und die Folgen des unseligen Erfüllungswahns die wachsenden Selbstmordziffern im Reich von besonderem Interesse. Bei einem Vergleich der verschiedenen Landesteile ergeben sich bedeutende Unterschiede. 1929 waren in Berlin mit 4,22, sowie in Sachsen und Anhalt mit 4,09 Fällen auf 10 000 Lebende die meisten Selbstmorde zu verzeichnen, während Oberschlesien mit 1,2 und die Grenzmark Posen-Westpreußen mit 1 die geringsten Selbstmordziffern aufzuweisen hatten. In den deutschen Großstädten ist die auf 10 000 Einwohner berechnete Selbstmordziffer von 2,8 im Jahre 1928 auf 2,9 und 3,2 in den Jahren 1929 und 1930 gestiegen.

Die Generalaussprache im Wirtschaftsbeirat beendet.

Berlin, 12. Nov. Die aus den Mitgliedern des Wirtschaftsbeirates der Reichsregierung gebildeten beiden Ausschüsse für Fragen der Produktionskosten und Preise und Fragen des Zinses und Kredites haben ihre Generalaussprache unter Vorsitz des Reichskanzlers heute zu Ende geführt. Die Reichsregierung wird nunmehr während der nächsten Tage unter Leitung der nächstbeteiligten Reichsminister in Einzelberatungen mit den Ausschußmitgliedern die Formulierung von Leitsätzen über die Gestaltung des Wirtschaftsprogramms vorbereiten. Diese Leitsätze sollen den beiden Ausschüssen, die nach dem Bußtag wieder tagen, zur endgültigen Begutachtung vorgelegt werden.

Die Eisenbahner lehnen den Schiedsspruch ab.

Berlin, 12. Nov. Der Einheitsverband der Eisenbahner Deutschlands hat den am Mittwoch gefällten Schiedsspruch abgelehnt.

Berlin, 12. Nov. Die beiden Delegationen für die deutsch-schweizerischen Handelsvertragsverhandlungen, die vor kurzem in Bern begonnen haben, sind heute hier zusammengetreten.

Berlin, 12. Nov. Reichswirtschaftsminister Warmbold hat gestern die erste Besprechung mit den russischen Delegierten für die deutsch-russischen Wirtschaftsverhandlungen gehabt. Die offiziellen Verhandlungen werden am Sonnabend beginnen.

Berlin, 12. Nov. Am Anhalter Bahnhof wurde ein Oesterreicher unter dem Verdacht der Devisenschiebung festgenommen. Man fand bei ihm 4000 Schilling und größere Mengen deutschen Geldes.

Berlin, 13. Nov. Der Polizeipräsident hat das Verbot der „Deutschen Zeitung", das ursprünglich bis zum 17. November gelten sollte, aufgehoben.

SLUB
Wir führen Wissen.